

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. März 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Bergnützungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 32

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Stagnation und Reaktion (2. Fortsetzung.) — Nachlernen im Buchdruckgewerbe.

Das Buchgewerbe im Auslande: Holland. — Rußland. — Brasilien. Korrespondenzen: Bremen. — Breslau. — Düsseldorf. — Eisenberg. — Kiel. — Krefeld. — Leipzig. — Ludwigsfelde a. Rh. — Mühlent. — Neumarkt (Obpf.). — Reddinghausen. — Sorau (M.-L.). — Städt. — Wiesbaden (M.-M.). — Wiesbaden (M.-S.).

Rundschau: Dank der Kollegen Böhmens! — Zur Genehmigung von Gefragten zum Besuche der Leipziger Buchgewerbestellung. — Gewerkschaften und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. — Ein neues „sozialdemokratisches“ Arbeitsmonopol. — Staatliche Befähigung parteipolitischer Kandidaten der christlichen Gewerkschaften. — Von der Konkurrenz gegen die „Volksfürsorge“. — Einkaufsverbindungen. — Das Rentenkapitalvermögen der Welt.

Werbetext: Nachtrag zum Verzeichnisse der tarifstreuen Druckereten.

□ □ Stagnation und Reaktion □ □

Das erste Wort dieser Artikelüberschrift bezieht sich auf die deutsche Sozialpolitik im Allgemeinen. Daß sie stagniert, wissen wir; daß dies jedoch die ausgesprochene Absicht der Reichsregierung ist, hat man förmlich apodiktisch vom Staatssekretär Delbrück zu Beginn der diesjährigen sozialpolitischen Debatten von zwanzigjähriger Dauer vernehmen können. Von fast größerer Bedeutung aber waren die leider nicht wenigen, noch in der vergangenen Woche zu hörenden Verlautbarungen und Versicherungen von für die Regierung nicht unmaßgeblichen parlamentarischen Vertretungen, anstatt zu bessern zu verbösern. Gewiß ist da zumeist der Wunsch der Vater des Gedankens. Doch selbst es auch nicht an Beispielen, daß gewisse Kreise mit ihrer Initiative zu rückschrittlichen Korrekturen an der Sozialgesetzgebung erfolgreicher sein können als der auf Fortschritt bedachte Teil des Volkes und dessen parlamentarische Sendboten. Das im ersten Artikel (Nr. 25) erwähnte Vamonto des Torpedobauers Schichau in Elbing über die „grenzenlose Gesehmacherei“ und die „Heuschreckenplage“ unserer Sozialgesetze findet ein starkes Echo bei den Industriekapitänen, von den agrarischen Reaktionsmännern ganz zu schweigen. Stagnation und Reaktion ist ja eine Paarung von zweifelstreuer Folgerichtigkeit. Wenn letztere ohne weiteres bekämpft werden muß, so gilt es, die erstere zu verhüten, damit sich nicht das eine aus dem andern entwickelt.

Am Scharfmacherhimmel ist ein aufgehender Stern entdeckt worden: der junge Kardorff. Wenn dieser durch einen freikonserватiven Legitimationschein sich entsprechend ausweisende borsische Landtagsabgeordnete sagte: „Das Korrelat der Sozialgesetzgebung ist eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie“, so wirft er damit alles über den Haufen, was bessere und die besten Köpfe über die Notwendigkeit und die Voraussetzungen der Sozialpolitik bisher ausgesprochen haben. Zu dieser neuen Auffassung dürften sich trotzdem viele von denen bekehren, denen die sozialpolitische Befähigung von Staat und Gemeinde zwar als Unentbehrlichkeit einleuchtet, die mit ihrem Empfinden aber ebenso wenig dabei sind wie ein Teil unserer Prinzipale bei der Tarifgemeinschaft.

Die Reichsregierung auch auf diesen Standpunkt zu drängen, ist die offenkundige Absicht der Kreise, die sich mit einem ganz besondern Nachdrucke staatszerhaltend nennen. Wenn sie in diesem Fall ihre Hoffnungen auch herabschrauben müssen, so kann doch nicht gelehrt werden, daß die Regierung selbst solche Erwartungen zum Keimen brachte.

Des Deutschen Reichs gegenwärtiger Sozialminister ist unstrittig ein seinem schwierigen Amte

gewachsener Mann. Er überragt seinen Vorgänger Beshmann Solloweg und nähert sich ziemlich dem Grafen Posadowski. Delbrücks undankbare Position wird jedoch erheblich erschwert durch des Reichskanzlers unentschiedenes Wesen, bedingt durch allzu große Rücksichtnahme auf persönliche und parteiliche Einflüsse. Die große Rede des Staatssekretärs des Innern vom 20. Januar, die so viel besprochen und angegriffen worden ist, kann in ihrem springenden Punkte, der Proklamierung eines „gewissen Abschlusses unserer Sozialpolitik“, auf Beshmanns manchmal recht unglückliche Direktive zurückgeführt werden. Daß die Reichsversicherungsordnung und die Angestelltenversicherung trotz ihrer Mängel und Fehler und der bei ersterer erst jetzt nach voller Verwirklichung so recht in die Erscheinung tretenden reaktionären Tendenzen große Leistungen des Reichsparlaments und natürlich auch der Regierung darstellen, wird kein vernünftiger Mensch bestreiten können. Nun aber den übelvermerkten Ausdruck von der vollen Kompottschüssel in solcher Deutlichkeit zu unterstreichen und gar zu gleicher Zeit, wo die nimmerfaulen Agrarier nach weitern Sonderrechten gierig die Hände ausstrecken, die Arbeiterschaft jedoch mit Ausnahmestrichen traktiert werden soll, das war nicht nur ein grober Fehler, sondern mußte bei den Arbeitern verbitternd, in sozialpolitischen Kreisen verflimmend wirken.

Delbrück ist gewiß in jener Reichstags Sitzung (20. Januar) dem Gedanken eines Abbaus unserer Sozialpolitik entgegengetreten, er hat aber auch vor einem „gedankenlosen Vorwärtschieben“ gewarnt und die Betonung auf eine „verständige“ Sozialpolitik gelegt. Darunter will er eine Sozialreform verstanden wissen, die auch dem Arbeitgeber gibt, was ihm zusteht und ihm „moralische Ellenbogenfreiheit“ gewährt. Die Sozialpolitik brachte er in die engste Wechselbeziehung zur Wirtschaftspolitik. Beide hätten sich bewährt und mühten in richtiger Beziehung zueinander gehalten und weitergeführt werden. Wenn er vorausgehend bemerkte, daß mit der Reichsversicherungsordnung ein gewisser Abschluß der Sozialpolitik eingetreten sei, und versichert habe, die Probleme lägen zurzeit nicht in der Sozialpolitik, sondern auf dem Gebiete des Koalitionsrechts (einschließlich Syndikats- und Submissionswesen sowie Verstaatlichungsfragen), so bekundete er damit nur, daß sich die Reichsregierung im Kreise dreht. Das wurde noch offener, indem er im weitern eine verständige Sozialpolitik als „eine Kraftquelle für das Deutsche Reich“ pries und sich auch noch zu dem bemerkenswerten Ausspruch verlegte:

Eine gebildete und gesellschaftlich und wirtschaftlich gut gestellte Arbeiterschaft ist eine der Säulen, auf denen unsere Industrie ruht.

Damit ist indirekt den Gewerkschaften die beste Anerkennung geworden. Ihrem Streben, die deutsche Arbeiterschaft auf dieses Niveau zu erheben, ist die von der heimischen Industrie erreichte Vormachtstellung in erster Linie mit zu danken. Aus eigener Kraft und allen Anfeindungen und Bekämpfungen zum Trotz ist es den Gewerkschaften gelungen, als eine der untre Industrie am kräftigsten stehenden Säulen angesehen zu werden. Das Unternehmertum will das aber im allgemeinen nicht gelten lassen, möchte aus der „Verdauungspause“ auf sozialpolitischem Gebiet ein dauerndes Nichtstun werden lassen, das dann und wann vielleicht durch ein paar kümmerliche Brocken Abwechslung finden könnte.

Daß dadurch die Sozialpolitik der ihr von Delbrück beigemessenen Eigenschaft einer Kraftquelle für Deutschland entkleidet werden würde, überlieft man in unverständlicher Kurzichtigkeit.

Wie groß und erhaben, weit entfernt von jeder Revoluzzerei, erfaßte dagegen F. A. Lange schon 1874 in seiner „Arbeiterfrage“ diese Dinge! Man lese daraus nur folgende Stelle:

Die Frage der Sozialreform wird zur Lebensfrage der modernen Kultur in Europa werden, wie sie einst die Lebensfrage der antiken Kultur war; dort folgte Untergang, Zerstörung und Aufbau auf einem neuen Boden; für unsre Zeit halten wir eine bessere Hoffnung fest. Wir glauben aber nicht, daß die soziale Frage durch irgendein denkbares Mittel am Morgen nach einer Revolution gelöst werden kann, weil sie im wesentlichen eine Frage der geistigen Beschaffenheit der Generation und einer Reform aller Anschauungen und Grundbegriffe ist. Daher handelt es sich darum, eine ganze Periode herbeizuführen, in welcher sich der treibende Keim eines neuen sozialen Lebens ungehemmt entfalten, der Drang der arbeitenden Klassen nach Vervollkommen ihrer selbst und Erringung eines würdigen Daseins frei ausleben kann, ohne daß die Staatsgewalt sofort wieder mißbraucht werde, um Unrecht zu fixieren, Subjektives über Gebühre zu verallgemeinern und gleichsam das Gäß zu schließen, bevor die Gärung zu Ende ist. Danach läuft dem Kern und Wesen der ganzen gegenwärtigen Arbeiterbewegung auf einen großen geistigen Kampf hinaus, dessen Ziel und Ende nur in der Befreiung der kalten Willensrichtung zu suchen ist, die sich allen durchgreifenden Verbesserungen in der Lage des eigentlichen Volkes von jeher entgegenstellt hat. Dieser Kampf ist aber nicht rein äußerlich zu fassen, sondern er ist zugleich in dem Gemüte jedes einzelnen auszufechten.

Lange sagt dann noch, man möge die Arbeiter ruhig gewähren lassen. Statt sie finstern Groll und dumpfem Zagen zu überlassen, sollte man sich freuen, daß sie darauf aus sind:

sich als menschliche Wesen im Bewußtsein ihres Rechts und ihrer höhern Bestimmung jene Freiheit zu erringen, die nur dem Segen bringt, der sie errungen hat. Man sollte nicht die Gefahr, sondern den Anfang der Rettung aus einer großen Gefahr in dieser Bewegung erblicken.

Die übrigen Klassen der Bevölkerung dürften sich dieser Bewegung nicht entziehen, ist Langes hohe Meinung. Jetzt, nach 40 Jahren, würde dieser Prophet seine Stimme wohl gewaltig erheben, könnte er sehen, daß das große Verdienst des vierten Standes um Deutschlands Wohlstand und Wohlstand so wenig Anerkennung findet, daß vielmehr der aufstrebenden Arbeiterschaft von allen Seiten Knüttel zwischen die Füße geworfen werden und ihre Niederhaltung die unverkennbare Absicht weiter Kreise geworden ist.

Wie zumal in einer Zeit erschreckend großer Arbeitslosigkeit und eines dadurch in den Großstädten hervorgerufenen Notstandes diese Herauskehrung eines direkt unsozialen Empfindens wirken muß, darüber scheint man sich nicht viel Gedanken zu machen. Im preussischen Abgeordnetenhaus gleich gar nicht, also Sozialpolitik fällt nur mit dem Kardorffschen Appendix denkbar ist. In vorletzter Woche hallte es in diesem Parlamente traditioneller Rückständigkeit wieder von lauten Klagen über die Belastung der Industrie durch die „hohen“ Arbeitslöhne und die Ausgaben für die Sozialgesetzgebung. Mit Schlagwörtern wie: Auswüchse der Sozialpolitik, Überspannung der sozialpolitischen Forderungen, Belastung der Arbeitgeber, gingen die Konservativen und Nationalliberalen ins Zeug. Diese Vorwürfe richteten sich sowohl an die Adresse der Linken wie an das Zentrum und die preussische Regierung. Gegen den geflüchteten Arbeiterschutz wurde nicht schlecht ge-

wetter. Man malle den drohenden Ruin der Industrie durch die Gewerbeinspektion an die Wand, deren Ausbau Giesberts wünschte durch Anstellung von Arbeitern und ein Vorschlagsrecht der Gewerbeinspektoren an die Gesehbgebung. Giesberts mußte sich sagen lassen, daß aus seinen Worten eine Überspannung der sozialpolitischen Forderungen zu entnehmen sei. Dr. Cremer von den Nationalliberalen gebärdete sich schlimmer als der konservative Redner. Bön den Gewerbeaufsichtsbeamten sagte er, sie huldigten dem Staatssozialismus, was ja ein fürchterliches Verbrechen wäre, und hatte so ziemlich alles gegen ihre Tätigkeit einzuwenden. Er holte sich aber eine niedliche Blamage, indem er den preußischen Handelsminister aufforderte, gegen eine Ausdehnung der Sonntagsruhe im Bundesrat aufzutreten, worauf dieser mit seiner Ironie bemerkte, daß den Fraktionskollegen Cremers im Reichstage die Vorlage noch nicht weit genug gehe. Man konnte daran wieder erleben, daß zwischen den Nationalliberalen im Reichstag und dem preußischen Landtag Unterschiede bestehen, die gegen die letztgedachten noch mehr zeugen. Der alte Deumer hatte zuvor diesen Eindruck verstärken helfen. Also Suetrat den sozialpolitischen Rückschritten mit guten Argumenten entgegen, namens der sozialdemokratischen Vertretung eine erhebliche Vermehrung der Gewerbeinspektoren (auch der weiblichen) fordernd, da die Gewerbeaufsicht bei weitem nicht genüge, und auch der Fortschrittler Rosenow führte die Herren gut ab. Auch die Unternehmer hätten Vorteil von der Sozialgesetzgebung; ein Arbeiter, der in hygienischen Räumen wohnt, für dessen Gesundheit gesorgt wird, werde immer mehr leisten als einer, der nicht in solchen Verhältnissen lebt. Das ist gewiß richtig, aber die Großindustriellen mit ihren agrarischen Verbündeten wollen das nicht wahr haben. Als am 13. März beim Bergelrat von Vertretern des Zentrums, der Fortschrittspartei, der Polen und der Sozialdemokratie die Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse im Bergbau mehr oder weniger scharf kritisiert wurden, war es auf den Banken der Konservativen leer — es hätte ja für die Arbeiter etwas geschehen können; wenn gegen sie, dann wäre der Sunkertrotz aufmarschiert! — während von nationalliberaler Seite das übliche Velo gegen diese Anklagen kam. Mamentlich Suetrat galt der Zorn der Verteidiger der großkapitalistischen Verneiner des Desbrüchlichen Anspruchs, daß eine wirtschaftlich gut gestellte Arbeiterschaft eine der Säulen der Industrie ist. Was sich hier im preußischen Abgeordnetenhaus gezeigt hat, ist sicherlich keine verständige Sozialpolitik, aber für diesen unsozialen Kurs sucht man die Regierung zu gewinnen, und diese vermag sich leider nicht den Einflüssen dieser maßgeblichen Kreise entschieden genug zu wehren.

Giesberts traf daher das Richtige, als er Ende Januar im Reichstage von einer „sozialen Müdigkeit der Unternehmer“ sprach. Und es will schon etwas heißen, wenn einige Tage später Behrens sich über das Tempo der Sozialpolitik sehr unzufrieden aussprach. Die christlich-nationalen Arbeitervertreter sind gewiß zahme Professore, aber um die Kennzeichnung des heutigen sozialpolitischen Kurzes kommen sie doch nicht herum. Weinhausen von der Fortschrittlichen Volkspartei, ein sozialpolitisch gut beschlagener Mann, dokumentierte, daß gerade die deutschen Vertreter auf der internationalen Arbeiterschulungskonferenz den Ausschlag gegeben haben für die Schutzhöhe der Jugendlichen mit 16 Jahren, anstatt für das 18. Lebensjahr einzutreten. Man sieht also, mit dem Krebsgang ist schon der Anfang gemacht. „Wir wünschen keine Pause in der Sozialpolitik, die wir nur aus Liebe zu unserm Volke, zum Wohle des Ganzen freiben“, präziserte er den Standpunkt seiner Partei. Wolkenbuhr, auf sozialpolitischem Gebiete jedenfalls ein kundiger Thebaner innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion, machte in den Tagen nach Desbrüchs Rede den Schwärmern für ein Postkutschentempo der Sozialreformen sicher nicht allzu angenehme Gegenüberstellungen. Im Jahre 1911 hätten die Gesamtkassen der Arbeiterversicherung 442 Millionen Mark betragen, das nenne man sehr viel, bei Ausgaben für militärische Rüstungen jedoch sehr wenig. Bei einer Lohnhöhe von 16 Milliarden beanspruche die Sozial-

versicherung nur 3 Proz., die deutsche Industrie sei dadurch also keineswegs gefährdet. Wenn man sage, die ganze Sozialgesetzgebung wäre ohne den Hochschutzholl nicht möglich, so genüge ein Blick auf den Freihandelsstaat England, der sogar die Arbeitslosenversicherung eingeführt habe, dieses Argument als unrichtig zu beweisen. In der Sozialpolitik könne es kein Halten geben! Dieser Hinweis auf England, das seine ungeschützte Industrie auf der alten Höhe zu erhalten weiß, war insofern gut, als Staatssekretär Desbrück im vergangenen Jahre selbst anerkennen mußte, daß das britische Inselreich uns in der sozialen Fürsorge für die Arbeiter nun überholt hat.

Die diesmal durch das Bekenntnis der Regierung zum Stillstande bemerkenswerteren sozialpolitischen Debatten im Reichstage haben in der „Sozialen Praxis“ durch deren Herausgeber Professor Dr. Francke wohl die freudigste Beleuchtung erfahren. Es ist mit Recht von diesem vorzüglichen und auch tapfern Artikel viel Notiz genommen worden, auch im „Korr.“ haben wir uns bereits auf ihn bezogen. Francke meint, eine Pause nach großen Anstrengungen sei etwas Natürliches, ja Heilames; „aber Das Ganze Halt!“ läßt sich wohl im Manöver blasen und besolgen, aber im Krieg ebenwienig wie im Kampfe des Lebens“. Er erinnert an die Thronrede vom 12. Februar 1912 zur Eröffnung des neugewählten Reichstags, worin betont wurde, daß die soziale Fürsorge seit einem Menschenalter in der Reichsgesehbgebung einen hervorragenden Platz einnehme: „Noch in der letzten Tagung des vorigen Reichstags sind die Wohlfaßen der Versicherung auf weite Kreise der Bevölkerung ausgedehnt worden. Derselbe soziale Geist, aus dem dies Werk hervorgegangen, muß auch fernerhin walten, denn die Entwicklung steht nicht still!“ Der Reichskanzler hätte ihm erst vor einiger Zeit geschrieben: „Wir können nicht stark bleiben ohne gesunde soziale Entwicklung“. Die Regierung handle denn auch ihrem eignen gesehbgeberischen Ruhebedürfnisse entgegen, indem zur gleichen Zeit mehrere kleinere sozialpolitische Vorlagen in Angriff genommen seien. Francke fragt sodann, nachdem er angeführt, was gegen die Arbeiter im Schilde geführt werde, allen Ernstes:

Hat man den Willen, die Massen zu verwunden und zu reizen? „Rücken Sie doch heraus mit Ihrer Revolution!“ erlangt kürzlich aus den konservativen Reihen des preußischen Abgeordnetenhauses ein Zwischenruf. Und das in einer Zeit, wo Gewerkschaften und Genossenschaften sich immer klarer auf den Boden des Gegenwartsstaats stellen, wo selbst in der sozialdemokratischen Partei die Reformisten über die Radikalen obliegen und zu positiver Mitarbeit an großen Aufgaben drängen! Das ist gewiß ein beherzigenswerter Wink. Und es ist nicht minder zutreffend, wenn Professor Francke im weitem erklärt:

Die Zeit sozialer Reformen, die Deutschland seit dreißig Jahren erlebt, hat unserm Volke so große Segnungen gebracht, daß kaum eine Pause, geschweige denn ein Stillstand denkbar ist. Ohne sie wäre die innere Ruhe schwerlich gewahrt, das wirtschaftliche Aufblühen zu reichster Entfaltung aller Kräfte gewiß nicht möglich gewesen.

Die Tüchtigkeit und Pflichttreue der deutschen Arbeiter noch besonders anerkennend, verschöucht Professor Francke die Anzeichen und Anwandlungen zur Stagnation der sozialpolitischen Tätigkeit: „Die Bedürfnisse des Tags, die quellenden Kräfte des Lebens erheischen gebieterisch ihre Fortsetzung, ihren innern Ausbau, die Lösung neuer großer Probleme!“

Diese eindringliche Standrede müßte sicherlich das Gewissen der auf einen langen sozialpolitischen Wintersehlar Bedachten schärfen, indes wir fürchten, daß erst viele solcher Franches einen fruchtbareren sozialen Sommer machen könnten. Die aber fehlen leider, die mit der Arbeiterschaft dem sozialen Fortschritt dienen wollen und mit ihr jeglicher Reaktion entgegenzuwirken fest entschlossen sind.

In dem ersten Artikel (Nr. 25) sind zwei Namen druckfehler unterlaufen, deren Richtigstellung namentlich im erstem Falle notwendig ist. Auf der dritten Spalte wurde eine Anzahl reaktionärer Typen vorge stellt. Durch Fortlassung der manchmal langen Titel geriet der Zentrumsman Großer mit dem konservativen Abgeordneten Grafen v. d. Groeben im preußischen Landtag in Verwechslung. Dann muß der aufgeführte Ultrationalliberale Köchling heißen.

Nachlernen im Buchdruckgewerbe

Im vergangenen Jahre brachte der „Korr.“ eine Notiz, die viel Beachtung fand. Der Deutsche Buchdruckerverein hatte nämlich die Lösung der Frage, ob ein Lehrling länger als vier Jahre lernen darf, herbeigeführt, indem er bei den Handwerkskammern Anträge gestellt, ob die Lehrlinge im Buchdruckgewerbe nachlernen dürfen für die Zeit, die sie wegen Krankheit verläßt haben. Die Handwerkskammern hatten die Sache dem Ausschusse des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtertags überwiesen, der entschieden hat, daß ein Nachlernen des Lehrlings nicht gestattet sei. Die Lehrzeit dürfe nur verlängert werden, wenn sie weniger als vier Jahre beträgt; ist sie aber auf vier Jahre festgelegt, darf sie wegen Lehrverfalls nicht verlängert werden.

Ein Buchdruckermeister in einem Vorort von Frankfurt a. M. kümmerte sich jedoch um diese Frage nicht, sondern verlangte von seinem Lehrling, daß dieser die durch Krankheit verfallene Lehrzeit einfach nachzuholen habe. Vergeblich hatte sich der Vater des Lehrlings auf die Notiz im „Korr.“ berufen. Der Vater berief sich auch darauf, daß eine Lehrzeit von vier Jahren wirklich lange genug sei, um einen jungen Menschen gründlich auszubilden und glaube im Rechte zu sein, wenn er seinen Sohn nicht nachlernen lasse.

Auf Anraten von Kollegen richtete er dann eine Anfrage an die Handwerkskammer zu Kassel, die ihm nachstehende Antwort erteilte:

Die vorliegende Frage ist in der Konferenz der westdeutschen Handwerkskammern am 10. d. M. in Dortmund i. B. einer eingehenden Erörterung unterzogen worden. Die Vertreter sämtlicher zehn Kammern vertraten den Standpunkt, daß der Buchdruckermeister . . . auf Grund der Vereinbarung im Lehrvertrage fordern kann, daß der Lehrling . . . die durch Krankheit verfallene Zeit nachzulernen habe. Alle faßten die Bestimmung des § 130 a Absatz 1 Satz 2 der Gewerbeordnung dahin auf, daß nur die tatsächliche Lehrzeit, den Zeitraum von vier Jahren nicht übersteigen dürfe. Die Krankheitswochen seien aber nicht als Lehrzeit anzusehen und daher von dieser abzuziehen. Wenn . . . z. B. den Lehrling bei Beginn der Krankheit entlassen hätte, hätte dieser bei einem neuen Lehrherrn die verfallene Zeit auch nachlernen müssen. Eine andre Auslegung des § 130 a Absatz 1 der GewO. würde auch zu sonderbaren Folgen führen, z. B. wenn der Lehrling den größten Teil der vereinbarten Lehrzeit krank gewesen wäre. Wir halten daher das Verlangen des Herrn . . . für berechtigt.

Dieser Entschluß der Handwerkskammer in Kassel widerspricht dem Standpunkte des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtertags augenfällig, er findet auch keine Begründung in dem angezogenen Paragraphen der Gewerbeordnung. Wir besitzen einen vorzüglichen Kommentar zu derselben, aber von einer derartigen Eventualität ist darin nicht die Rede. Das erwähnte Beispiel: ein junger Mann käme durch Krankheit in die Lage, nur den kleineren Teil seiner Lehrzeit durchzumachen, ist nicht fischfahlig. In einem solchen Ausnahmefalle wird von Seiten des Lehrlings und seines gesetzlichen Vertreters von selbst auf eine Vereinbarung gedrängt werden, die durch einen bedauerlichen Umstand unterbrochene Ausbildung so zu vervollständigen, daß der junge Mann nachdem seinem Beruf in einer normalen Anstellung genügenen Weise vorstehen kann. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtertag will jedenfalls verhindern, daß das Nachholen der durch Krankheit verfallenen Lehrzeit zu einer aus kleinlichen Gründen diktierten Gewohnheit werde. Die Handwerkskammer in Kassel und die in Betracht kommenden andern Korporationen dieser Art neigen jedoch dieser letztern Auffassung zu.

Die Redaktion.

Das Buchgewerbe im Auslande

Holland. Wie allenthalben bei Lohnbewegungen auf Seiten der Arbeitgeber mancherlei neue Kriegspläne den Arbeitern gegenüber geschmiedet werden, so kam auch bei der gegenwärtigen Einführung des kollektiven Arbeitsvertrags im holländischen Buchdruckgewerbe ein solcher Fall registriert werden. Ein eben so scharfmacherisch gestimmter wie redigewandter Buchdruckermeister machte nämlich bei seinen Kollegen in Den Bosch, die dem am neuen Tarifvertrage mit der Gewerkschaft beteiligten Prinzipalverein als Mitglieder angehören, einen Besuch, um sie zu bewegen, aus dieser Organisation auszutreten, und sich dem Sonderbunde der Prinzipale, der sich in Nordbrabant gegründet habe, anzuschließen. Der „neue Bund“ habe sich zur Aufgabe gestellt, bei einem eventuellen Streik etwa 100 Prinzipale in Den Bosch sofort in Aktion treten zu lassen, und zwar in der Weise, daß sie während der Nacht in einer oder mehreren Druckereien die einlaufenden Aufträge, die alle nach Den Bosch gefandt werden müßten, zur Erledigung bringen. Wenn regelmäßig bis zum Morgen alles aufgeräumt sei, so würde bei den dann erscheinenden Gehilfen kein Argwohn entstehen, daß von den Prinzipalen Streikarbeit verrichtet worden sei. Was doch die Scharfmacherie für absonderliche Mittel treibt! Die meisten Prinzipale haben jedoch auf das scharfmacherische Anerbieten verzichtet und lieber die Tarifanerkennung ausgesprochen. Allerdings geschah

das nicht freiwillig, sondern die Gehilfschaft in den Bock mußte ihrer Forderung erst durch einmütige Arbeitsniederlegung Nachdruck verleihen. Daraufhin wurden Verhandlungen mit den beiderseitigen Hauptvorständen angebahnt, die dazu führten, daß der allgemeine Tarif — mit einer kleinen Abweichung in der Auslegung einiger Paragraphen, über die zu beschließen sich die Gehilfen vorbehielten — schriftlich anerkannt wurde.

Rußland. Nach all den Drangsalierungen, Mahnungen und Ausweisungen, die die Vorstandsmitglieder besonders des Moskauer Bucharbeitervereins über sich ergehen lassen mußten, kann man sich darüber freuen, daß sich trotzdem noch immer Kollegen zur Übernahme solcher Funktionen bereitfinden lassen. Schon gleich nach der Generalversammlung des genannten Vereins wurden einige Vorstandsmitglieder verhaftet und ausgewiesen; und in einer vor einiger Zeit stattgehabten Vorstandssitzung des Moskauer Professionellen Vereins des Druckgewerbes erschien wieder einmal die Polizei, nahm eine Hausdurchsuchung vor, die bis 2 Uhr nachts dauerte, und arrelierte alle anwesenden 35 Personen, darunter den Vorsitzenden, dessen Gehilfen, den Kassierer und den Sekretär. Ende Januar streikten in 30 Druckereien im ganzen 9000 Arbeiter; im vorigen Jahre streikten nur 2000 Bucharbeiter.

In Petersburg wurde im vergangenen Jahr in 56 Buchdruckereien teils mit und teils ohne Erfolg gestreikt. In 12 Druckereien wurden die Forderungen ohne Streik bewilligt. Vor einigen Tagen hatten die Seher des Petersburger Nationalistenblattes „Gotos Russi“ die Arbeit niedergelegt und wirtschaftliche Forderungen gestellt. Darauf halfte der Herausgeber, der Abgeordnete Illerjew, ihnen mit administrativer Ausweisung gedroht und 17 Soldaten (Seher der Druckerei des Grenzwachekorps) zu Hausbesuchen kommen lassen.

Am 1. März wurde von der ständischen Vereinsbehörde das Statut des Professionellen Baltischen Typographenvereins bestätigt; der Tätigkeitsplan des Vereins erstreckt sich über die drei baltischen Provinzen, der Sitz des Vorstandes befindet sich in Riga. — Die Nr. 2 des in deutscher und russischer Sprache erscheinenden „Neuen Baltischen Bucharbeiters“ wurde konfiguriert und der für den russischen Teil verantwortliche Redakteur Rublis mit 200 Rubel gestraft.

Das Ministerium des Innern hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem die professionellen Vereine noch mehr als bisher in ihrer Entwicklung behindert werden sollen. Nach diesem Entwurfe sollen u. a. an den Versammlungen der Vereine nur jene Mitglieder teilnehmen, die in der Druckerei, wo sie augenblicklich beschäftigt sind, mindestens ein Jahr kontinuierlich; weiter sollen einem professionellen Vereine nur Personen einer Branche angehören, d. h. Seher und Drucker gesondert.

Brasilien. In unsern letzten Auslandsüberblick veröffentlichten wir den ersten Rechenschaftsbericht des Deutschen Graphischen Verbandes für Brasilien. Dieser im Jahre 1912 auf der Grundlage der deutschen freien Gewerkschaften gegründete Verband hat seinen Sitz in der Hauptstadt Sao Paulo und erstreckt den engern Zusammenschluß aller deutschsprechenden Angehörigen der graphischen Berufe in ganz Brasilien. Darüber hinaus will der Verband auswanderungslustigen deutschen Buchdruckern und andern graphischen Berufsgenossen mit Rat und Tat an die Hand gehen, um sie vor Schäden möglichst zu bewahren. Zu diesem Zwecke wurden z. B. Lohnstabellen aufgestellt, nach denen sich deutsche Kollegen richten können, die ein Engagement nach Brasilien anzunehmen gedenken. Der Schwerpunkt liegt jedoch in der Unterstützung der über allgemeine Arbeitsverhältnisse, an die sich Auswanderungslustige rechtzeitig erinnern müssen, d. h. bevor ein Engagement zustande kommt. Zu diesem Zwecke wird bereits seit Jahr und Tag im „Korr.“ unter den Adressen der ausländischen Verbandsvorstände auch die Adresse des Vorsitzenden des Deutschen Graphischen Verbandes für Brasilien veröffentlicht, aber nur die wenigsten der auswanderungslustigen Kollegen holen rechtzeitig eine Auskunft ein. Die meisten von ihnen scheitern vielmehr auf Geratemahl nach Brasilien über, und dort sehen sie sich in ihren Erwartungen bald bitter enttäuscht. In der Regel machen diese Kollegen dann in Privatbriefen an bestimmte deutsche Berufsgenossen oder an die Redaktion des „Korr.“ ihrem Unmut Luft. In möglichst drastischer Weise werden die Mißstände an der Arbeitsstätte oder die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes geschildert. Auf diese Weise kamen schon sehr häufige Artikel zustande, die den ausgesprochenen Zweck hatten, vor leichtfertiger Auswanderung zu warnen. Der Nutzen solcher Einsendungen bleibt indessen fragwürdig, solange es auswanderungslustige Kollegen vernehmen, vorher an geeigneter Stelle eine zuverlässige Auskunft eingeholen. Auch heute liegt uns wieder eine abbrechende Schilderung seines Wirkungskreises vor von einem Kollegen, der in einer oberbayerischen Provinzdruckstadt als Maschinensetzer an Typograph tätig war und gegen Ende des verfloßenen Jahres mit einem Kollegen aus der Schweiz den heimatischen Boden verließ, um einem verlockenden Angebote nach Sao Paulo in Brasilien zu folgen.

Der betreffende Maschinensetzerkollege fand in der deutschen Druckerei eine in krautrigem Zustande befindliche Maschine vor. Sie war über und über verstaubt, hatte keinen ganzen Ring mehr aufzuweisen, desto mehr verbogene Matrizen und gelockerte Schrauben. In jeder Zeile gab es Fallstriche. Die reguläre Arbeitszeit dauerte von 6 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 12 $\frac{1}{2}$ bis 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, oft auch bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Zeile enthielt zu 21 Cicero wurde mit 0,010 Reis — 0,13 Pf. berechnet bei meistens schlecht geschriebenen, fast unleserlichem Manuskript, Ziffern, Einhängern usw. Dabei herrschte draußen eine kolossale Hitze von 32 bis 36 Grad im Schatten, dazu

kamen die Ausdünstungen des heißen Bleisiegels und sonstiger Gestank, Rauch und Staub. Von Hygiene nach denselben Begriffen war keine Spur zu entdecken. Alle notwendigen Arbeitsmaterialien sowie die Maschinen befanden sich in einem engen Raume mit schlechter Luftzufuhr. In einem unbenutzten Regale mit Schließfen wurde eine stark in Verwesung übergegangene Nasse gefunden, die tagelang einen pestiferen Gestank verbreitete! Daß unter solchen Umständen Gesundheitschädigungen sehr nahelegen, ist leicht einzusehen, zumal wenn täglich 650—700 Zeilen herausgeschunden werden müssen, um monatlich, d. h. für 25 Arbeitstage, wenigstens 162,500 Mitreis zu verdienen. Davon gehen ab für Pension und Wäsche 112 Mitreis pro Monat. Eine auf wiederholtes Drängen der Maschinensetzer bewilligte geringfügige Zulage wollte der Prinzipal bereits nach zwei Monaten nicht mehr weiterzahlen. Nachdem verschiedene Verhandlungen mit ihm resultatlos verlaufen waren, legten die Neugewagierten die Arbeit nieder, da ein schriftlicher Kontrakt zum Glück noch nicht abgeschlossen war.

Das ist der wesentlichste Inhalt des uns zur Verfügung gestellten Briefes. Die Angaben decken sich mit früheren Veröffentlichungen anderer Kollegen, von denen noch besonders hingewiesen wurde auf die vielfach übliche Beschäftigung ungelerner eingeborener Arbeiter. Es dürfte dem Deutschen Graphischen Verband in Sao Paulo, der sich die Förderung und Hebung der sozialen Verhältnisse in dem graphischen Gewerbe zur hauptsächlichsten Aufgabe gestellt hat, noch viele Mühe kosten, um ersehnten Ziele zu gelangen. Ohne Frage könnten aber seine Bestrebungen dadurch unterstützt werden, daß sich auswanderungslustige Berufsgenossen im Auslande nicht ohne vorherige Erkundigung nach Brasilien engagieren lassen. Daß die engere Verbindung des Deutschen Graphischen Verbandes für Brasilien mit unserm Internationalen Sekretariate baldigst zustande kommt, haben wir für ein Gebot der Notwendigkeit.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bremen. (Bezirksversammlung vom 4. März.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Druckerinvaliden Korff sowie dasjenige des Kollegen Solinger, der während des Streiks in Österreich durch die ruchlose Hand eines Streichbrecheragen ermordet wurde, in der üblichen Weise. Der Vorsitzende wies dann auf den nunmehr endgültig zustande gekommenen Tarifabschluß in Österreich hin, erluchte jedoch, etwaige Konditionsangebote aus Österreich vorläufig abzulehnen, um den österreichischen Kollegen, die noch arbeitslos sind, die Arbeitsgelegenheit nicht zu erschweren. Das Urteil im Prozesse gegen den Streichbrecheragenten Keiling habe bewiesen, daß auch in Österreich das Streichbrechergesindel ebenso wie in Preußen-Deutschland einen besonders Schuß genießt. Einem Aufnahmegeheuche wurde zugestimmt, ebenfalls einem Auschlussantrage des Vorstandes, während die Entcheidung über den Auschluss eines andern Kollegen dem Vorstand überlassen wurde. Sodann hielt Herr Dr. med. Groh einen Vortrag über: „Bau und Leben des menschlichen Körpers“, wofür ihm am Schluß lebhafter Beifall zuteil wurde.

Breslau. Der hiesige Ortsverein hielt am 8. März im „Gewerkschaftshaus“ seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorsitzende zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht einige erläuternde Bemerkungen gab und besonders auf die große Arbeitslosigkeit hinwies, die immer mehr zu einer dauernden werde, wie der Jahresbericht bewies. Das verfloßene Jahr brachte uns die Feier des 40jährigen Bestehens unsres Ortsvereins. Kollege Schubert machte uns als Kassierer mit den wichtigsten Zahlen der Kassenverwaltung bekannt, woraus zu entnehmen war, daß der Ortsverein auch finanziell gute Fortschritte macht, denn das Vereinsvermögen stieg um 7000 Mk. Nach der Entlastung des Kassierers wurde sodann der bisherige Vorstand wiedergewählt, ebenso die Revisoren. Nach Aufnahme zweier Mitglieder wurde beschlossen, den Bezirksmitgliedern ohne Erhöhung des Bezirksbeitrags zu den hiesigen Wochentagsversammlungen auch die Fahrt dritter Klasse zu vergüten, wenn ihnen Sätze mit vierter Klasse nicht zur Verfügung stehen. Nach einer ungewöhnlichen Änderung des Statuts wurden den Sinkerleben des österreichischen Kollegen Soltner 100 Mark bewilligt. Zum Schluß wurde nach kurzer Debatte betreffs der Broschüre „C. Kerschauer: Dokumente eines Sterbenden“ eine Resolution einstimmig angenommen.

Dr. Düsseldorf. (Vierteljahrsbericht.) In der Generalversammlung vom 10. Januar wurde zunächst ein Kollege aufgenommen sowie vier Mitglieder ausgeschlossen. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen wurde der Jahresbericht entgegengenommen und lebhaft diskutiert. Sodann stellte die Versammlung den Etat für 1914 fest. Zum Schluß wurde das Resultat der Vorstandswahl bekanntgemacht; diese ergab die Wiederwahl des ersten Vorsitzenden, des Bezirks- und des Ortskassierers sowie des Beisitzers und der Bibliothekare. Sämtliche andern Posten wurden neu besetzt. In der Versammlung waren laut Präsenzliste 250 Kollegen anwesend. — Die Bezirksversammlung vom 8. Februar wurde vom Gefangenenverein „Gruenberg“ durch den Chor „Sturm“ von Lüthmann würdig eingeleitet. Nach Erstattung der Jahresberichte der Ortsvereine Neuh und Hilden-Berzart durch die Kollegen Gallaß und Wenzers ergriff Gaworthefer Albrecht das Wort zu seinem Vortrage: „Die gegenwärtige Situation im Gewerbe und die daraus erwachenden Aufgaben der Gehilfschaft“. In keinem Vortrage verstand es der Redner, in geistvoller, packender Weise uns ein Bild der heutigen

Lage in unserm Gewerbe vor Augen zu führen, wofür ihm zum Schluß seiner Ausführungen wohlverdienter Beifall von seinen aufmerksamen Zuhörern zuteil wurde. Zur Vorbereitung von Anträgen zum Gauslage wurde eine neungliedrige Kommission gewählt, ferner wurden die Kandidaten zum Gauslage vorgeschlagen. Nachdem dem Bezirkskassierer Entlastung erteilt und Neuh als Ort der nächsten Bezirksversammlung gewählt war, schloß der Vorsitzende die von 300 Kollegen besuchte Versammlung. — In der Monatsversammlung vom 7. März konnten sieben Kollegen dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen werden. Sodann wies der Vorsitzende auf die am 18. März stattfindende Vertrauensmännerkörung hin und verlangte dringend vollzähliges Erscheinen. Das Johannistfest soll in diesem Jahr als Saalfest am Sonnabendabend und als gemeinsamer Ausflug am Sonntag gefeiert werden. Nach Erstattung des Kartellberichts und Besprechung einiger örtlicher Angelegenheiten wurden unsere Anträge zum Gauslage durch ein besonderes Referat des Kollegen Gerlach der Versammlung vorgelesen und nach kurzer Diskussion ohne Änderung angenommen. Dem Korrektorenvereine wurden 30 Mk. zur Unterstüßung seiner Bestrebungen bewilligt. — Am 28. März findet ein Rezitationsabend im obern Volkshausaale statt.

P. E. Eisen. Inre Monatsversammlung am 7. März hatte zum Mittelpunkt einen Vortrag des Kollegen Krahl (Weipzig). Referent, der eigentlich schon in der Februerversammlung hier sprechen sollte, durch Krankheit aber damals am Erscheinen verhindert war, zeichnete uns anschauliche Situationsbilder. Die Vorgänge im Gewerbe fanden sachkundige Beleuchtung. Längere Zeit verweilte Redner bei dem Kampf in Österreich. Die mit großem Interesse verfolgten Ausführungen fanden reichen Beifall. Da Kerschauer hier im November 1912 gesprochen und einzelnen Kollegen gegenüber bemerkenswerte, jetzt erst verständlich gewordene Ansprüche geltend machte, wandte die Versammlung seinen „Dokumenten“ ihr Interesse nicht an wenigsten zu. Vom Referenten erfolgte dazu weitere Aufklärung. Die Diskussion darüber war ausgiebig und brachte volles Klärung. (Das Weitere zu diesem Punkte wird bis zu dem angekündigten Überblick über die Stellungnahme der Mitgliebschaften zum Falle Kerschauer-Kohl zurückgestellt. Red.) Es wurden dann noch örtliche Angelegenheiten erledigt, worauf die interessante Versammlung ihr Ende fand.

Stettin. In der am 7. März stattgehabten Versammlung wurde zunächst eine Neuaufnahme vollzogen. Nach Erledigung der üblichen Tagesordnungspunkte referierte Vorsitzender Kramer über die nunmehr abgeklungene Tarifbewegung unsrer österreichischen Kollegen. Er hob hervor, mit welchen Schwierigkeiten die ausständigen österreichischen Kollegen zu kämpfen hatten, so daß manche Position und Forderung der Gehilfschaft fallen gelassen werden mußte. Lehreich in vieler Beziehung sei auch der Ausgang der Verhandlungen für die deutsche Gehilfschaft. Lobend erwähnt wurde weiter das zielbewußte, ruhige und geschlossene Verhalten der österreichischen Kollegen während der ganzen Dauer des Streiks. Hierauf erfolgte eine längere Ausprache über das Zirkular des Verbandsvorstandes und der „Korr.“-Redaktion sowie über die auch an unserm Ort im Umlauf befindlichen Flugblätter des Guttenbergbundes. Obwohl es sehr bedauerlich ist, daß dem Guttenbergbunde von einem Verbandsmitglied Negativmaterial geliefert wurde, ist doch anzunehmen, daß für die bündlerische Heilsarmee keine Seele geredet werden wird. Unter „Verkleidenen“ wurden noch einige Angelegenheiten erledigt, worauf die, wenn auch oftmals mit Worten der Empörung unterbrochene, im allgemeinen aber sachlich verlaufene Versammlung geschlossen wurde.

Stiel. Am 20. März begeht unser werter Kollege Eduard Harß, Faktor der „Aelter Neuesten Nachrichten“ und Senior des Gaus Schleswig-Holstein, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Zu Ehren des Jubilars veranstalteten die Druckereikollegen am Sonnabend, 21. März, abends, einen Sommer in der „Seeburg“ in Dillnersbrook.

T. Krefeld. Am 7. März fand die ordentliche Monatsversammlung statt, die trotz des ungnädigen Wetters von 70 Mitgliedern besucht war. Zunächst wurde ein Kollege zur Wiederaufnahme empfohlen. Sodann wurden folgende Termine für die nächsten Versammlungen festgelegt: am 4. April und 2. Mai Monatsversammlungen und am 17. Mai Bezirksversammlung in Bieren. Der Kassenbericht, vom Kassierer Jahren erstattet, wies ein Vermögen nach von 1775,97 Mk. und wurde genehmigt. Der Bestand der Witwen- und Waisenkasse, aus der alljährlich unsre Witwen zu Weihnachen eine Unterstützung erhalten, belief sich am Schluß des Jahrs auf 205,26 Mk. Den ausführlichen Kartellbericht gab Kollege Forst, der nach kurzer Besprechung ebenfalls gutgeheißen wurde. Das Johannistfest wird in diesem Jahre durch einen Ausflug mit Kind und Kegel in die schöne Umgebung Jrefelds gefeiert werden. Unter „Schriftlichem“ wurde vom Kollegen Erkelenz ein kurzer, gutfassender Bericht über die jüngsten Vorkommnisse am Orte gegeben. In der Ausprache wurde die Bekehrungsfrage gründlich behandelt. Zu bemerken ist, daß die Arbeitslosenzahl schon jetzt am Orte wieder zunimmt.

K.-F. Regenh. (Vierteljahrsbericht.) Inre aufbesuchte Generalversammlung fand am 3. Januar im „Gewerkschaftshaus“ statt. Unter „Mitteilungen“ gab Vorsitzender Scholz unter andern ein Zirkular des Gauvorstandes bekannt. Weiter wurde der Jahresbericht erstattet. Mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden und des Schriftführers wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Der Ortsvereinsbeitrag bleibt im neuen Geschäftsjahre derselbe, und die korporative Mitgliebschaft

zur Graphischen Vereinigung wurde wieder erneuert. — In der Februarversammlung erfasste Kollege Berdau den Kassenbericht vom vierten Quartale, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Dem Kassenbericht gaben die Kollegen Wippig und Gombke, der hauptsächlich gewerbliche Fragen betraf. Hierauf hielt Arbeitersekretär Kollege Wilhelm Schneider einen zeitgemäßen Vortrag über: „Die neue Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung“. Redner erläuterte in ausführlicher Weise das neue Krankenversicherungsgesetz. Anschließend hieran erwähnte er auch die Tätigkeit der Oberversicherungsämter, u. a. besprach er eine Rentenunfallfrage eines hiesigen Kollegen, worin der Vorsitzende des Oberversicherungsamts, Geheimrater Regierungsrat Bedier, die Buchdrucker als keine qualifizierten Arbeiter bezeichnete. Nach diesen Äußerungen könnte ja der Buchdrucker, nachdem er durch einen Unfall arbeitsunfähig geworden ist, seinen Lebensunterhalt auch noch als Straßenkehrer verdienen! Inseinen Kollegen überlassen wir es selbst zur Beurteilung, ob Herr Bedier qualifiziert ist, ein solches Urteil zu fällen, oder aber, ob es sich empfiehlt, daß der Herr Regierungsrat sich etwas besser in die Arbeitsfähigkeit der Buchdrucker vertiefte. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine leichtverständlichen Ausführungen. — In der Versammlung vom 7. März begrüßte der Vorsitzende unsern Gauvorsteher Fiedler. Nachdem die Eingänge und Mitteilungen erledigt waren, erhielt Kollege Fiedler das Wort zu seinem Vortrag: „Aktuelle Tagesfragen“. Redner erläuterte u. a. die Entwicklung unsres Berufs sowie die unaufhaltsam fortschreitende technische Entwicklung. Er ermahnte hauptsächlich die jungen Kollegen, angehts des immer enger werdenden Kampfes ums Dasein mehr auf ihre technische Fortbildung bedacht zu sein, anstatt sich nur den Sportvereinen zur Verfügung zu stellen. Ferner betonte er die Notwendigkeit festen Zusammenhalts der Kollegen. Reicher Beifall folgte den interessanten Ausführungen. Zum Besuche der Leipziger Ausstellung wurden als Beihilfe jeder am Orte bestehenden Spartenvereingung 10 Mk. bewilligt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Bezirk Ludwigshafen a. Rh. Die Generalversammlung unsres Bezirks fand am 1. März im „Bürgerbräu“ statt. Die Kollegen von Frankenthal und Ludwigshafen hatten sich zahlreich eingefunden, während von Grünstadt niemand anwesend war. Vom Bezirksvereine Mannheim waren die beiden Vorsitzenden Kaiser und Sickingler als Gäste anwesend. Die Verhandlungen wurden durch einen vom Sängervereine „Gutenberg“ vorgebrachten Männerchor eingeleitet, und dann gab Vorsitzender Koff einen ausführlichen Jahresbericht. Zum Kassenberichte, der den Mitgliedern gedruckt zugegangen war, wurden Monita nicht erhoben. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Gesamtvorstande für das abgelaufene Jahr Decharge erteilt. Bei der Erörterung der tariflichen Lage im Bezirke war es natürlich wieder die untarifliche Firma Sommer in Grünstadt, die den Gegenstand der Diskussion bildete. Beschlossen wurde, mit den in Grünstadt und Umgebung bestehenden modernen Arbeitervereinen in Verbindung zu treten, damit diese ihre Drucksachen in einer tarifreinen Druckerlei anfertigen lassen. Die nächsten Punkte der Tagesordnung fanden schnelle Erledigung, da an den einzelnen Positionen nichts geändert wurde. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, bis auf einen Beifahrer, für den eine Neuwahl stattfand. Das Johannistfest soll in Gemeinschaft mit den pfälzischen Bezirksvereinen in Neustadt a. S., verbunden mit dem 50jährigen Sitzungsseste der Unterstützungskasse für Buchdrucker der Pfalz, gefeiert werden. Ein Antrag des Vorstandes betreffend Verbandsjubiläum wurde angenommen dahingehend, daß künstlich eine besondere Feier nicht mehr arrangiert wird. Die Jubilare werden in den einzelnen Ortsvereinen im Anschluß an eine Versammlung geehrt werden. Nachdem dann noch unter „Verschiedenem“ der Vorsitzende auf besondere Beachtung der Bestimmungen für die Lehrlings-einstellung hingewiesen und einige interne Sachen erörtert hatte, schloß er mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung, worauf der Sängerverein „Gutenberg“ noch einige Lieder zum Vortrage brachte.

Münster i. W. (Vierteljahrsbericht.) In der Januarversammlung gab Vorsitzender Meißner den beifällig aufgenommenen Bericht über die Bezirksvorsitzendenkonferenz, dem eine sachliche Diskussion folgte. — In der Generalversammlung im Februar genehmigte zuerst den Kassenbericht, worauf dann der Jahresbericht des Vorstandes die Zustimmung und Anerkennung der Versammlung fand. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes. — In der Märzversammlung wurde zuerst ein Zirkular des Verbandsvorstandes und weiter die tariflichen Erhebungen des Vororts bekanntgegeben. Einige zum Gange zu stellende Anträge lösten eine lebhaftes Debatte aus. Zum Schluß wurde die durch die Kroschke Broschüre geförderte Agitation des Gutenbergbundes gegen den Verband gekennzeichnet.

Neumarkt (Obp.). Am 8. März fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Nach der Wahl des Kollegen Reimeier zum Vorsitzenden wurde Stellung genommen zu der vom Kollegen Kobl herausgegebenen Broschüre und zu dem vom Gutenbergbunde daraufhin losgelassenen verlogenen Flugblatte. Nach erfolgter Annahme einer Resolution wurde zum Ausbruch gebracht, daß es dem neuesten Machwerke des Gutenbergbundes auch nicht gelingen wird, für sich Vorteile aus der ganzen Angelegenheit zu ziehen. Die paar Bundeskröten werden umsonst verpulvert sein.

Recklinghausen. In der aufbesuchten Versammlung am 7. März nahmen die Mitglieder zunächst Stellung zur

Kroschkes Broschüre. Darauf referierte Bezirksvorsitzender Friedemann (Bodum) über das Thema: „Organisatorische Aufgaben“. Der starke Beifall, der dem Redner zufließte, bewies, wie sehr man mit dessen Ausführungen einverstanden war.

Sorau (M.-L.). Am 7. März fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Bei der Neuwahl des gesamten Vorstandes wurde Kollege Kaczyna als Vorsitzender gewählt. Wiedergewählt wurde Kollege Glenczka als Kassierer. Letzterer erstattete einen günstigen Kassenbericht. Einen Bericht von der Vertrauensmännerversammlung in Krottsch erstattete Kollege Dallmeyer in kurzer, aber übersichtlicher Form. Ein Mitglied wurde ausgeschlossen. Der Drang nach beruflicher Fortbildung hatte die Kollegenchaft von Sorau veranlaßt, sich dem Verbände der Deutschen Typographischen Gesellschaften als Mitglied anzuschließen. In spannenden Ausführungen referierte sodann Bezirkskassierer Urban (Krottsch) über die allgemeine Lage, im Anschlusse daran kam er auf die Kroschke Broschüre „Dokumente eines Sterbenden“ zu sprechen. Mit dem Wunsche, daß die Kollegen sich an allen Versammlungen stets zahlreich beteiligen möchten, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die außerordentliche Generalversammlung.

Db. Stade (Hannover). Der Drang nach beruflicher Fortbildung hat auch die hiesigen Kollegen veranlaßt, dem Bunde anderer Ortsvereine zu folgen und eine Graphische Vereinigung ins Leben zu rufen. Nachdem in der letzten Monatsversammlung des Ortsvereins der Beschluß gefaßt worden war, einen solchen Fortbildungsverein zu gründen und die nötigen Vorbereitungen hierzu vom Kollegen Dener erledigt worden waren, konnte am 7. März die Gründerversammlung einberufen werden. In dieser erklärten sämtliche Kollegen ihren Beitritt. Es wurde ein fünfgleibiger Vorstand gewählt, dessen Vorsitzender Kollege Dener ist. 26 Mitglieder zählt diese Vereinigung, und hoffentlich hält sich diese nicht nur auf gleicher Höhe, sondern wird durch Hinzukommen neuer Mitglieder noch größer. Durch diese Gründung gedenken auch die Stader Buchdruckergehilfen den wenig sitchhaltigen Schläger eines Teils unsrer Prinzipalität von dem „Rückgange der Leistungsfähigkeit“ zu entkräften und zu zeigen, daß man selbst in den kleineren Orten befreit ist, den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden. Wundern muß man sich wirklich über die diesbezüglichen „Zeitschrift“-Artikel, wenn man bedenkt, wie viele freiwillige Stunden und erhebliche Geldmittel die deutsche Kollegenchaft alljährlich opfert, um eine Söhrentwicklung unsres schönen Berufs zu erstreben.

Wiesbaden. (Maschinenmeister.) In der Generalversammlung fand am 8. März statt. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ erstattete der Versammlungsleiter des letzten Vierteljahrs, Kollege Steinmeier, einen kurzen Rückblick über das letzte Versammlungsjahr. Der Mitgliederstand beläuft sich auf 40. Die Bibliothek des Vereins bietet den Kollegen manches Lehrreiche in technischer Beziehung. Unter langjähriger Vorsitzender Wilke sah sich infolge Gesundheitsrückfalls gezwungen, sein Amt niederzulegen. Nach Erledigung des Kassenberichts und des Berichts der Revisoren wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Krumm und als Kassierer Kollege Heroff gewählt. Unter „Verschiedenem“ wurden noch einige Auskünfte erteilt.

Wiesbaden. (Maschinenfeger.) Die am 7. März abgehaltene Versammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Nach Bekanntgabe der eingegangenen Schriftstücke gab Vorsitzender Moser den neuen österreichischen Maschinenfegerarif bekannt, der dem deutschen sehr gleichkommt. Sodann befahte man sich mit den Artikeln im „Korr.“ betreffend die Maschinenfegermeisterfrage. Auch der „Zeitschrift“-Artikel „Faktor und Sebmachine“ rief eine längere Diskussion hervor. Kollege Hertke machte dann die Kollegen mit dem neuesten Sperrapparat an der Linotype vertraut durch einen eigens hierzu konstruierten Apparat, der durch seine erläuternden Ausführungen allgemeinen Beifall fand. Die gemeinsamen Besichtigungen eines Dreibeckers und einer Idealmaschine sollen in der Aprilversammlung bekanntgegeben werden. Ausgenommen wurden zwei Kollegen.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Dank der Kollegen Böhmens! Nachdem wir vor einigen Tagen die von deutschen Verbandsmitgliedschaften für die Hinterbliebenen des Kollegen Solinger uns überlassenen Geldbösen in Höhe des Betrags laut Schlussurteilung in Nr. 30 des „Korr.“ (Inlerateil) an die uns offiziell bezeichnete Stelle überwiesen haben, ging uns aus Drag folgenden Schreiben unter dem 14. März zu:

Ingemein überrascht und tief gerührt über die so hochherzige Spende, welche die geehrten Kollegen aus Deutschland der unglücklichen Familie unsres Kollegen Johann Solinger zugebracht haben, spreche ich in Vertretung gewiß sämtlicher Kollegen Böhmens den größten und herzlichsten Dank aus.

Sogleich befrägte ich den Empfang des Betrags von 2460,65 Mk.

Sochachsend
für den
Zentralverein der Buchdrucker und Schriftgießer
Böhmens
(Typografische Beseda)
Karl Brunner, Obmann.

Zur Genehmigung von Extrazügen zum Besuche der Leipziger Buchgewerbeausstellung. Auf mehrfache Anfragen haben wir uns bei der zuständigen Leitung der Leipziger Buchgewerbeausstellung danach erkundigt, ob sie in der Lage oder gewillt sei, die Vermittlung zur Genehmigung von Extrazügen zum Besuche der Ausstellung mit Erfolg zu übernehmen. Diese Möglichkeit wurde verneint. Es sind dazu nur die einzelnen Eisenbahndirektionen auf direkte Eingabe zuständig. Es dürfte sich daher empfehlen, daß sich die Kollegenvereine jedes deutschen Eisenbahndirektionsbezirks so bald als möglich untereinander darüber verständigen, ob, wann und in welcher Weise für ihren Bezirk die Notwendigkeit eines oder mehrerer Extrazüge zum Besuche der Leipziger Buchgewerbeausstellung vorhanden ist, damit die nötigen Schritte von besonders dazu Beauftragten von Fall zu Fall eingeleitet werden können. In erster Linie sollte das für die Pfingstfeierlage am Maschinenmeistertage, für die geplanten beiden Kollegentage am 18. und 19. Juli und am 15. und 17. August dieses Jahres, worüber wir schon in den Nrn. 25 und 27 näheres mitteilen, beachtet werden. Bezüglich oft gehörter Bedenken, daß es zu Pfingsten wohl kaum möglich sein werde, Extrazüge nach Leipzig genehmigt zu erhalten, teilen wir mit, daß z. B. die Frankfurter Kollegenchaft in ihren „Mitteilungen“ vom 16. März d. J. bekannt gibt, daß für die Frankfurter Kollegen ein Extrazug zum Besuche der Leipziger Buchgewerbeausstellung zu Pfingsten genehmigt worden ist, und zwar mit Abfahrt am 29. Mai abends und mit 50 Proz. Fahrpreisermäßigung. Was also der Frankfurter Eisenbahndirektion zu Pfingsten möglich ist, dürfte auch für andre Eisenbahndirektionen nicht unmöglich sein.

Gewerkschaften und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. In einer Eingabe an den Reichstag mit der Bitte um Einführung der vollständigen Sonn- und Feiertagsruhe für das Handelsgewerbe hat das Plauerer Gewerkschaftsamt in erfreulich klarer Weise den Standpunkt der freien Gewerkschaften zu dieser Frage präzisiert, und zwar u. a. in folgender Weise: „Die organisierte Arbeiterschaft unterstützt bedingungslos die Forderung der Handelsangehörigen auf Einführung der reichsgesetzlichen vollen Sonntagsruhe mit einigen Ausnahmen für den Verkauf der notwendigsten Lebensmittel und einiger anderer Bedarfsartikel. Die Arbeiterschaft verzichtet darauf, ihre Einkäufe an den Sonn- und Feiertagen zu machen. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe ist durchaus nicht nötig — auch nicht vom Standpunkte des Arbeiters aus. Die tatsächlichen Verhältnisse — insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeiter — ermöglichen es durchaus, die volle Sonntagsruhe durch die Reichsgesetzgebung einzuführen und nur für einige Waren im Kleinhandel den Verkauf an den Sonntagen für höchstens zwei Stunden zu gestatten, die vor den Beginn der Kirchzeit gelegt werden müssen.“

Ein neues „sozialdemokratisches“ Arbeitsmonopol. Nachdem die Mär vom „sozialdemokratischen Arbeitsmonopol im Buchdruckgewerbe“ schmählich zu Tode geschunden ist und infolge des ununterbrochenen Siegeszugs der Sarfigemeinschaft auf die Öffentlichkeit gar keinen Eindruck mehr macht, haben sich die „christlichen“ Helfer der Arbeiterfeinde auf diesem Gebiete über einen andern, aber ähnlichen Knochen hergemacht, und zwar über den noch im Werden begriffenen Reichstari für das Steinlebergewerbe. In einer Reihe von Artikeln unter dem Titel „Ein sozialdemokratisches Arbeitsmonopol im Steinlebergewerbe“, die in den letzten Wochen die Kunde durch einen Teil der arbeiterfeindlichen Tages- und Fachpresse gemacht hat, macht die „christliche“ Gewerkschaftsentrale in bekannter Weise scharf gegen den schon erwähnten Reichstari für das Steinlebergewerbe, Gerade wie bei uns im Buchdruckgewerbe handelt es sich bei dieser Preßkampagne lediglich um ein Konkurrenzmanöver der „christlichen“ Gewerkschaft, das sich allerdings in seiner Wirkung mehr gegen die Arbeitgeber als gegen den Verband der Steinleber richtet, indem damit gerade der Teil des zurzeit verhandelnden Reichstaris für das Steinlebergewerbe zerstört werden soll, auf den die Arbeitgeber den größten Wert legen. Diesbeben wünschen nämlich, daß überall da, wo die beiderseitigen Organisationen stark genug dazu sind, gelegentlich auch die schlimmsten Auswüchse der Schmutzkonkurrenz gemeinsam bekämpft werden sollen. Ganz naturgemäß müssen sich die Unternehmer in solchem Falle verpflichten, die am Kampfe beteiligten Arbeiter in erster Linie in ihre Betriebe einzustellen, falls sie nicht die Hälfte des ausfallenden Lohnes tragen wollen. Das nennen die „christlichen“ Klopffechter ein „sozialdemokratisches Arbeitsmonopol“! Was sie da betreiben, ist zwar eine sehr plumpe Spekulation auf die politischen Vorurteile der als Auftraggeber in Betracht kommenden Behörden — immerhin aber ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß einzelne derselben darauf hereinkommen und damit in die Rolle verfallen, die ihnen die „Christen“ anstimmten, sich nämlich als Zutreiber für ihre Organisation gebrauchen zu lassen. Während aber auf der einen Seite die „Christen“ die Behörden gegen das „haarsgefährliche“ sozialdemokratische Arbeitsmonopol scharf machen, spielen sie sich den Arbeitern gegenüber als die Hüter und Schützer der vitalsten Interessen auf, indem sie bei diesen mit der Lüge hantieren, der Verband der Steinleber habe das Streikrecht an die Unternehmer „verraten und verkauft“. Es sind also ziemlich zweifelhafte Ordnungsreiter, die sich den Behörden da anbieten.

Staatliche Bekämpfung parteipolitischer Tendenzen der christlichen Gewerkschaften. In einer Kritik der Gegner der christlichen Gewerkschaften ließ sich die „Bayrische Staatszeitung“ dieser Tage u. a. folgendermaßen äußern (Fortsetzung in der Beilage).

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 32 — Leipzig, den 19. März 1914

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

vernehmen: „Die Staatszeitung“ trifft entschieden für die christlichen Gewerkschaften ein. Sie tut dies, weil die christlichen Gewerkschaften, in denen katholische und evangelische Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre Konfessionszugehörigkeit wirtschaftlich organisiert sind, diejenigen Arbeiterorganisationen darstellen, die nach Mitgliederzahl und Entwicklungsfähigkeit als ernst zu nehmende Gegner der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften zu erachten sind. Eine Spengung der christlichen Gewerkschaften ließe befürchten, daß ein sehr beträchtlicher Prozentsatz der Mitglieder in die Zwangslage versetzt würde, zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen sich den freien Gewerkschaften und damit der Sozialdemokratie anzuschließen.“ In letzterem Satze kommt, abgesehen von seiner inneren Unwahrheit, die parteipolitische Tendenz der christlichen Gewerkschaften unabweislich als je zum Ausdruck. Aber wenn die Herren der „Bayerischen Staatszeitung“ etwas besser im einfachen Kopfrechnen beschlagen wären, so müßten sie sich selbst sagen, daß ihre bedingungslose Zusammenwerfung der freien Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei eine gewalttätige Verdrängung der Letzteren ist. Das ergibt sich nämlich aus einem einfachen Vergleiche der Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften und jenen der sozialdemokratischen Partei. Die letztere zählt rund eine Million und die erstere etwa 2 1/2 Millionen Mitglieder. Dazu kommt noch, daß unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei ein großer Teil gar keiner freien Gewerkschaft angehört; dadurch wird die Zahl derjenigen freien Gewerkschaftler, die der sozialdemokratischen Partei nicht angehören, auf doppelt so groß als jene, die freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch zugleich organisiert sind. Was also die „Bayerische Staatszeitung“ in dieser Frage herausfacht, ist nichts als Demagogie. Es verbirgt sich dahinter nichts anderes als einseitige Unternehmerfreundlichkeit und Verheerung gegen die Arbeiterschaft, die noch so viel Rückgrat besitzt, möglichst selbständig, d. h. ohne staatliche oder kirchliche Protektion ihre Interessen wahrzunehmen. Das die Herrschaften die christlichen Gewerkschaften protegieren, zeigt, was Geistes Kinder sie sind und von wem sie moralisch ausgehalten werden. Aufrechte und freischicklich denkende Arbeiter können für solche Schwächlinge nur Verachtung übrig haben, selbst auf die Gefahr hin, als „sozialdemokratisch“ gestempelt zu werden. Die Arbeiter solcher Kampfesweise stellen sich damit nur selbst ein moralisches Armutszeugnis aus.

Von der Konkurrenz gegen die „Volksfürsorge“. Die deutsche Regierungspresse, mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ an der Spitze, sucht seit Monaten durch Verbreitung der vom Vorstande der Deutschen Volksversicherung A.-G. vermittelten Walschäffel die „Volksfürsorge“ zu verächtlichen und zu schädigen. So hatten diese Wäfler auch den Eindruck zu erwecken versucht, als habe das Berliner Landgericht bei Abweisung einer Klage der „Volksfürsorge“ gegen die Deutsche Volksversicherung A.-G. durch das Urteil bestätigt, daß bei der „Volksfürsorge“ die Gelder der Versicherten als Kriegsschatz der Sozialdemokratie dienen würden. Die nunmehr veröffentlichten Gründe des Gerichts zeigen aber deutlich, daß das Gericht die Klage nur aus formalen Gründen abgewiesen hat und im Gegenteile zu der aufgeregten Behauptung der Gegner der „Volksfürsorge“ festgestellt: „Auch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß (bei der „Volksfürsorge“) die Gelder der Versicherten in deren Interesse verwendet werden.“ Daß das Gericht die Klage nur aus formalen Gründen ablehnte, belagert ferner folgender Satz des Urteils: „Hiernach handelt es sich nur um Ansichtsausübung der Beklagten, die der Anwendung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nicht unterliegen.“ Derjenige, der nun an die gegnerische Presse den Wortlaut der Entscheidungsgründe verbreitete, hat diese Presse zur Verbreitung eines gefälschten Wortlauts verführt und damit das Publikum über die Tendenz des Urteils absichtlich getäuscht. Denn er hat gerade die beiden entscheidenden Sätze unterschlagen! So steht deren „unabhängiger Konkurrenzkampf“ aus, den die Freunde der Deutschen Volksversicherung A.-G. gegen die „Volksfürsorge“ führen.

Einkaufsvereinigungen. In dem reichen Kranz organisatorischer Einrichtungen, die alle an der Neuordnung der Warenverteilung arbeiten, sind die Einkaufsvereinigungen in weitem Kreise weniger bekannt. Es liegt in der Natur der von ihnen geleisteten Arbeit, daß sie äußerlich weniger hervortreten, was aber der großen Bedeutung ihrer Arbeit keinen Abbruch tut. Die Einkaufsvereinigung ist die Verbindung einer Anzahl Konsumvereine eines Wirtschaftsgebietes. Diese Vereinigungen treten ungefähr jeden Monat zusammen, um ihre Einkäufe gemeinsam zu betreiben. Ganz abgesehen von dem Nutzen, den dieser gemeinsame Einkauf gewährt, leisten diese Zusammenkünfte in mancher anderen Hinsicht ungemein Erfreuliches für die Regelung des Konsums großer Massen Verbraucher. Die Leitung der Einkaufsvereinigung ist in hervorragender Weise die Stütze gegenseitiger Belehrung und Verständigung über gewerkschaftliche Angelegenheiten. Hier hat der Einkäufer des Konsumvereins immer Gelegenheit zum Studium des Wirtschaftslebens und zum immer besseren Kennenlernen der Waren. Die Einkaufsvereinigungen sind unentbehrlich geworden in der Reihe der gemeinsamen

Institutionen der deutschen Konsumvereine. Sie sind so recht das vortrefflich arbeitende Bindeglied zwischen den einzelnen Genossenschaften und den zentralen Unternehmungen, vor allem der Großenhandels- und den verschiedenen Unternehmungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Im Jahre 1913 bestanden im Gebiete des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 48 Einkaufsvereinigungen, denen 944 Genossenschaften angehörten. Diese Vereinigungen hielten in dem genannten Jahre 449 Einkaufstage ab, auf denen für beinahe 58 Millionen Mark Waren gekauft wurden. Sämtliche Waren wurden, was ganz selbstverständlich ist, der Großenhandels- und den Konsumvereine in Auftrag gegeben. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Entwicklung des Warenverkehrs in den Einkaufsvereinigungen ein noch schnelleres Tempo zeigt als die Umsatzsteigerung der Konsumvereine im allgemeinen sowie der Großenhandels- und Konsumvereine. Die Nützlichkeit der Arbeit konsumgenossenschaftlicher Einkaufsvereinigungen steht unstrittig fest. Auch ihre Arbeit wird die organisierten Konsumanten ihrem Ziele beträchtlich und dauernd entgegenführen.

Das Rentenkapitalvermögen der Welt. Die Monatschrift „La vie internationale“ bringt einen Bericht von Alfred Neymarck, den dieser vor kurzem im Internationalen Institute für Statistik über das Weltvermögen erhalten hat. Seine Schätzung bezieht sich nur auf jene Wertpapiere, welche auf den verschiedenen Finanzmärkten zugelassen sind und gehandelt werden. Darunter sind zu verstehen: die Staatspapiere, die Schuldverschreibungen der Provinzen und Städte, die Obligationen und Aktien von Privatfirmen usw. Man weiß aber, daß die Wertpapiere, um an der Börse zugelassen zu werden, gewisse Voraussetzungen erfüllen müssen. Eine große Zahl ist daher auf den Finanzmärkten nicht zugelassen, und diese sind in dem Bericht auch nicht einbezogen. Ende des Jahres 1912 gab es in der ganzen Welt Papiere im Werte von 840 bis 850 Milliarden Mark, welche an den Börsen zugelassen waren und gehandelt wurden. Eine Schätzung, auf denselben Grundlagen beruhend wie die vom Jahre 1912, ergab im Jahre 1895 nur 450 Milliarden, die in Papieren festgelegt waren. In 17 Jahren hat sich dieses Weltvermögen also um 400 Milliarden vermehrt, mithin beinahe verdoppelt. Von diesen 840—850 Milliarden zugelassener Wertpapiere kommen auf England 145—150 Milliarden, auf die Vereinigten Staaten 135—140 Milliarden, Frankreich 108—115 Milliarden, Deutschland 100—110 Milliarden. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Länder. In den letzten vier Jahren sind etwa 100 Milliarden an Papieren neu ausgegeben worden. Meist in Gestalt von Aktien, und zwar Industriel-, Handels- und Bankaktien. Auf Deutschland entfallen davon allein 20—25 Milliarden, auf England 15 und auf Frankreich nur 10 Milliarden. Daraus geht hervor, daß Deutschland eine beträchtliche wirtschaftliche Ausdehnung genommen hat. Es hat seine Kapitalien am stärksten vermehrt. Auf den einzelnen Kopf der Bevölkerung gerechnet, steht Frankreich mit seinem Rentenkapitalvermögen an der Spitze, ihm folgt England, in welchem Abstand erst kommt Deutschland. Neymarck stellt ferner fest, daß das Vorgehen in Gold, Silber usw. die Höhe von 150 Milliarden in der ganzen Welt nicht übersteigt. Der Betrag an Banknoten belief sich im Jahre 1912 auf rund 4 1/2 Milliarden. Dessen 191 Milliarden Gold stehen 850 Milliarden in Staatspapieren, Obligationen und Aktien gegenüber. Das ist ein Verhältnis von 22 zu 78 Proz.

Verschiedene Eingänge.

„Aus Amerikas Arbeiterbewegung.“ Von Karl Legien. Das Buch bietet an der Hand eines authentischen Materials einen Einblick in die gewerkschaftliche und politische Arbeiterorganisation der Vereinigten Staaten. Bisher ist die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands über die letztere fast ausschließlich durch Zeitungsartikel informiert worden, die je nach dem Standpunkt ihrer Verfasser ein Urteil über die Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten enthielten, ohne daß ein solches Urteil nachgeprüft werden konnte, da es an zuverlässigem Material hierfür mangelte. Die Verbindung der Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten mit denen Europas beginnt erst neuerdings feste Formen anzunehmen. Ihre weitere Ausgestaltung wird wesentlich abhängen von der Kenntnis, die insbesondere die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands von den Organisationen in den Vereinigten Staaten hat. Es dürfte darum die weiteste Verbreitung des Buchs der internationalen Verbindung der Gewerkschaften dienen. Der Ladenpreis des Buchs ist 2 Mk. für das gebundene und 1,75 Mk. für das broschurierte Exemplar. Den Gewerkschaften wird, bei gemeinsamem Bezuge durch die Orts- oder Gewerkschaften, der Vorzugspreis von 1,25 Mk. und 1 Mk. gewährt. Zu beziehen durch den Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin. Unsere Mitglieder ist der Bezug durch die Vorstände zu empfehlen, die sich gern den Kollegen dieses lesenswerke, von uns noch näher zu besprechende Buch zu dem billigen Preise vermitteln werden.

Briefkasten.

E. K. in M.: Diese Vermutung ist unrichtig und kann auch gar nicht aus jener Notiz gefolgert werden. Das werden Sie bald bestatigen finden. Wir wollen nur jede Beeinflussung vermeiden und warten daher ab. — Thüringen: Sie sagen jener Kategorie zwar derb die Wahrheit; wenn wir da etwas mildern, so wird es besser wirken. Also demnachst. — W. G. in O.: Bedauern. Artikel darüber unterlassen am besten; nur die Meinung ganzer Mitgliedschaften wird berücksichtigt. — J. L. in O.: 1. Gewähr sollte auf derartig vom Pech verfolgte Kollegen mehr Rücksicht genommen werden, aber Sie gehen in Ihren Vorwürfen doch zu weit. 2. Sie dürfen doch nicht zusammenwerfen, was unter solchen Umständen andern machen, und was wieder unter andern Umständen von dem Bewußten gelagt werden muß. — W. K. in B.: Das kann alles wesentlich kürzer und auch weniger bitterdehlig gelagt werden. Wenn Sie mit einer solchen Umarbeitung einverstanden sind, wird Ihr Artikel in einiger Zeit gebracht werden. — R. S. in Chemnitz: Jahresberichte werden im „Vor.“ nicht veröffentlicht. Sie gehören in den Rechenschaftsbericht des Oas. — W. D. in C.: Das beste Buch dieser Art ist das „Handbuch der Unfallversicherung“, das im Verlage von Breitkopf & Härtel in Leipzig erschienen ist. Es kostet aber 29,50 Mk.; ein andres Buch, das die genannten Gebiete in zuverlässiger Weise behandelt, ist uns nicht bekannt. — W. W. in W.: „Graphische Revue Österreich-Ungarns“, Wien. Monatshefte für die graphischen Künste. — S. L. in O.: Nicht so, aber ähnlich verhält es sich mit der Sache. Sie werden jedoch in Kürze sehen, daß dies der einzige Fall ist. In seiner Einzelheit also bezeichnend und beruhigend zugleich. — B. L. in St.: So wird es eher gehen. — G. J. in L.: Wir haben einige der gewünschten Sachen zurechtgemacht. — F. Sch. in A.: 2 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachungen.

Infolge mehrfacher Anfragen bringen wir zur Kenntnis, daß nachstehende Gaus je einen Delegierten zu dem im Juni in München stattfindenden Gewerkschaftskongresse zu entsenden haben: Berlin, Rheinlands-Westfalen, Leipzig, Bayern, Württemberg, Mittelrhein, Hamburg-Altona, Schießen, Ostfriesland-Schlesien, Oder, Erzegebirge-Bogland, Oberhein.

In letzter Zeit sind wieder einreisende Kollegen einfach neue Hauptbuchnummern gegeben worden. Wir machen die Herren Kassierer darauf aufmerksam, daß bei Wiederaufnahme von Kollegen in allen Fällen stets wegen der früher innegehaltenen Nummer unter genauer Angabe der Personalien (Vor- und Name, Geburtsort und Geburtsdatum) bei uns anzufragen ist, ebenso auch bei Kollegen, die nach jahrelangem Ausbleiben im Auslande nach Deutschland zurückkehren.

Wir ersuchen, dem Stereotypen Frisk Keller, geb. in Berlin am 1. August 1895, Akt. der Nr. 97102 die Nr. 78 627 im Legitimationsbuch und eventuell auch auf der Reiselegitimation zu vermerken.
Der Verbandsvorstand.
Berlin.

Adressenveränderungen.

M. Glöblich-Abend. (Maschinenmeisterverein.) Vorübergehend: Otto Wille, Zepplinstr. 40 I; Kassierer Peter Wib, Beistraß 112.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die befestigte Adresse):
Im Gau Rheinlands-Westfalen 1. der Maschinenlehrer Wilhelm Pampus, geb. in Lichtenhof 8. Schwerte 1890, ausgl. in Schwerte 1910; 2. der Schweizerdegen Heinrich Bönigk, geb. in Naach 1897, ausgl. in Grevenbrich 1906; waren schon Mitglieder. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.

Berammungskalender.

Barmen. Berammung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Parlamentstraße.
Bergedorf. Berammung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Schulstraße.
Burgfeld. Berammung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“.
Darmstadt. Generalversammlung Sonntag, den 22. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Wiesentstraße 19.
Düsseldorf. Berammung Sonnabend, den 22. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshof“, Karlpfad.
Erfurt. Allgemeine Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 22. März, im „Tivoli“ (kleiner Saal).
Mann. Maschinenlehrerverammlung Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, im „Brauhaus zum Güldenber“, Franziskanerstraße.
Neu-Utenhof. Berammung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Kölle“, „Farnhölle“.
Mauen i. B. Berammung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Pöfen. Versammlung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Hotel de Saxe“, Breslauer Straße 15 I. Potsdam. Versammlung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. Kadeberg. Versammlung Sonnabend, den 21. März, im „Münster Hofe“.

Kloß i. M. Versammlung heute Donnerstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Philharmonie“ (Eingang Doberaner Straße).

Rudolfsbad. Versammlung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Cambrinus“.

Saarbrücken. Versammlung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Albion“, Gerberstraße 24.

Schwern i. M. Versammlung Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Ephora“.

Düren: Beck, Math.

Köln: Kraatz, Robert; Moshopp, Jakob; Bomrath, Jos. Ohlig: „Bergische Rundschau“ (Hans Hottenroth & Schmidt).

III. Kreis.
Kassel: Bier & Holm.

IV. Kreis.
Freiburg i. B.: Günther, Emil.
Homburg (Pfalz): Prigner, Georg (B. Feys Nachf.).
Karlsruhe: Stoll, Emil.
Oppau (Pfalz): Eiß, Hans.
Waldkirch (Breisgau): Faller, August.

V. Kreis.
Landshut: Kießch, J. F. (Benno Werkmüller).

VI. Kreis.
Erfurt: Schardt, Karl.

VII. Kreis.
Chemnitz: Scherl, Rich.
Großenhain: Berger, Otto.
Krimmitschau: Wobe, Adolf.

VIII. Kreis.
Berlin: Bachmann & Goebel; Frisch, Alfred; Grohmann, Adolf; Theinhardt, S. & W.
Sohsenhönhausen: „Sohsenhönhauser Anzeiger“ (Bruno Hellmold).

X. Kreis.
Elmsborn: Biemann, Hermann.
Güstrow: Beder & Lange.
Hamburg: Carstens, Hans.

XI. Kreis.
Bergen (Nägen): Krüger, Gustav.

Aus dem Verzeichnis der tariffreien Buchdruckereien geführten wurden die Firmen:
Kreis II: J. Schmidt in Gelsenkirchen.
„ III: Gladenbacher Buchdruckerei (Georg Kupries) in Gladenbach (Hessen).
„ V: Willibald Schilling in Wschaffenburg.

Zu der Streichung der im 13. Nachtrage genannten Firma „Zimmersepp“, G. m. b. H. (M. Bogenberger) in Dießen a. Rh., ist zu berücksichtigen, daß dies zwei getrennte Firmen sind; geführten ist die Firma M. Bogenberger, die Firma „Zimmersepp“, G. m. b. H., ist tariffrei.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Verzehnter Nachtrag
zum Verzeichnis der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1913.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis.**
Geestemünde: Kändler, Wilhelm.
Hamel: Chemische Fabrik Kanfen, G. m. b. H.
- II. Kreis.**
Bonn: Leopold, Ludwig.

Faktor
gesucht mit Einlage von 6-8000 Mk. gegen Sicherstellung. Antritt: 1. April. Off. unter Nr. 235 an die Geschäftsst. d. Bl. erbelen.

Dohnender Nebenverdienst
Suche für jeden Ortsverein resp. größere Buchdruckeri
freibjamen Vertreter
für Aktien, Anzeilen usw. bei sehr hoher Provision.
Kollege S. Mathaeus, Dessau, Postfach.

Monotypsetzer
und
Monotypgießer
gesucht. Zeugnisse mit Gehaltsanprüchen an die
Weymannsche Buchdruckerei, Hannover.

Stempelseher
Junger, tüchtiger
(speziell auch Quasif) per sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsanprüchen usw. erbelen an
Häfer & v. Stein, Stempelfabrik, Frankfurt a. M.

Seherstereotypen
durchaus firm in Flachstereotypie, tüchtig im
Sätze, bei guten Leistungen in dauernde Stellung
gesucht. Angebote mit Lohn- und Altersangabe
und Zeugnisabschriften erbelen.
E. Seifert, G. m. b. H., Köstlich i. Thür.
Seher-, Korrektor- und Maschinenmeister-
leistungen befehl. Bewerbern besten Dank.

Schweizerdegen
mit verfügbarem Kapital von 2000 bis 3000 Mk.
ist Gelegenheit geboten, sich zunächst in ein
gutehender Druckerei bei absoluter, leitender Bank-
sicherheit zu beteiligen. Wähler ist leidend (etwas
gekränkt); es wird deshalb auf einen Herrn reflektiert,
dem an dauernder Stelle gelegen ist und der
eventuell in ein paar Jahren das Geschäft gegen
bequeme Konditionen übernehmen will. Gef.
Offerten unter F. R. 372 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes erbelen.
Die ausgeschriebene Korrektorenstelle unter
Nr. 342 ist bereits besetzt. Bewerbern besten Dank.

**Drei- u. Bier-
farbendrucker**

Typographische Hilfstabellen

z. täglich. Gebrauch f. jed. Buchdrucker. Enthalten: 1 Umrechnungstabelle des Ceteropstems in Zentimeter und umgekehrt, den goldenen Schnitt, 1 Bogenzahl- und 1 Papierberechnungstabelle, 1 Zellenumrechnungstabelle, die gebrauchlichsten Papierformate und Wellformate. Preis pro Stück 25 Pf., und Porto. Wegen Voreinsendung (auch Briefmarken) oder Nachn. Verlag: J. Seidel, Reutlingen (Württ.), Bismarckstr.

Neu! **Hahniol** **Neu!**
Patentamtlich eingetragen
Moderne Eisen-u. Stahlputz-Pasta
Kratzt nicht wie Schmirgelpapier, poliert schneller u. müheloser
Unentbehrlich für alle Druckerei-Maschinen
Hält Fundamente u. Schliessplatten
eben und rostfrei.
Verhindert und entfernt Rostbildung.
Neu! Chemische Fabrik O. Kossack, Düsseldorf. **Neu!**

Galvanoplastiker
tüchtiger
welcher imstande ist, eine Galvanoplastik und
Ceterotypie selbstständig zu leiten, wird sofort auf-
genommen. Bewerber, welche in der Erzeugung von
Nickelmatrizen versiert sind, werden bevor-
zugt. Gehaltsanprüche und ausführliche Offerte
an die h. u. h. Hofschreiberei Karl Brendler &
Söhne, Wien V, Millergasse 23. [375]

Matrizenbohrer
tüchtiger
von großer süddeutscher Schriftgießerei sofort
gesucht.
Bewerbungen mit Lohnansprüchen, Alters-
angabe und Zeugnisabschriften unter B. 2221
an Haasenfein & Vogler, H. G., Frank-
furt a. Main. [366]

Graveur event. Nachschneider
für Galvanos und Ceterotypen sucht Stellung nur
in Berlin. Offerten unter E. M. 1136 an Rudolf
Molke, Berlin S 42, Moritzplatz, erbelen. [382]

Rheinland-Westfalen
Jüngerer, wirklich tüchtiger Aktiendanzler,
gestützt auf gute Zeugnisse, sucht Stellung.
Angebote erbittet E. Bewandrowski in
Tillich, Garnisonstraße 46.
Süddeutschland bevorzugt!!!

Esperanto
(die internat. Welthilfssprache)
genimmt immer mehr an Verbreitung. Jeder Angehörige
des Buchdruckgewerbes sollte sich daher mit dieser leicht
erlernbaren Sprache vertraut machen. Ausf. erteilt
b. Deutsche Esperanto-Bund, Geschäftsst. Oresten
Strauchstr. 40, b. Deutsche Arbeiter-Esperantisten-
Bund, Geschäftsstelle Hannover. Geschäftsstelle
weg 21 (was gegen Einbindung u. 10 Pf. in Berlin
die Broschüre: „Der deutsche Arbeiter u. die Welthilf-
sprache Esperanto“ erhält. Ist), sowie für Hamburg
speziell: Schriftseher Aug. Söhne, Regetzstr. 6

Brieflichen Unterricht in
Kalkulation und Papierkunde
Anfänger- und Fortbildungskurse, leichere mit Vor-
bereitung für die Meißerprüfung. Beginn zu jeder
Zeit. Prospect B. kostenlos. [376]
Kalkulationsbureau, Berlin SW 61.

Berschleißbare Werkzeugkasten
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister
empfiehlt Kollege Max Holz, Leipzig-Schillerstr.,
Papiermühlstraße 5 II. Preisliste gratis. [683]

Nach nur neuntägigem Krankenlager
verstorben am 13. März unser lieber Kollege,
der Seher
Max Schuricht
im Alter von 30 Jahren. Sein kollegialer
Charakter liebt ihm bei uns allen ein
bleibendes Andenken.
Chemnitz, 16. März 1914.
Die Verbandsmittglieder der Firma
J. G. F. Pflanzhorn & Sohn.

Am 13. März verschied infolge Gehirn-
hautentzündung nach kurzem, schwerem
Krankenlager unser liebes langjähriges
Mitglied, der Seher
Franz Rummel
im Alter von 53 Jahren. Ein ehrendes
Andenken bewahrt diesem wackern Kol-
legen allezeit
Die Mitgliedschaft Augsburg.

Am 12. März verstarb nach längerem
Krankenlager unser Kollege, der Seher
Gustav Reinemer
im Alter von 38 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Regensburg.

Todesanzeige
Am 15. März verschied nach schwerem
Leiden unser werkes Mitglied, der Seher
Karl Conrath
im Alter von 38 Jahren an der Berufs-
krankheit. [379]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Straßburg.

Am 11. März verschied nach langem
und schwerem Leiden unser werkes Mit-
glied, der Seher
Joseph Selbig
im Alter von 56 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Würzburg.